

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1983 – Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die seit dem Jahreswechsel 1982/83 spürbaren schwachen Belebungstendenzen in den meisten großen kapitalistischen Ländern haben sich in den letzten Monaten eher etwas verlangsamt. Dies gilt für Nordamerika, aber auch für Großbritannien und die Bundesrepublik. In Frankreich und Italien überwiegen noch immer die Auswirkungen der zyklischen Krise. Bestimmend bleibt das Bild einer zögernden konjunkturellen Belebung, der immer noch die solide Grundlage in Form einer Belebung der industriellen Investitionstätigkeit fehlt.

In der Bundesrepublik stützt sich diese immer noch auf eine Stabilisierung des Privaten Verbrauchs, die allerdings auf wenige langlebige Gebrauchsgüter beschränkt ist. Vor allem der Pkw spielt eine wichtige Rolle. So verzichten die Käufer bei einer Verschlechterung ihrer Einkommenssituation offeriertlich eine gewisse Zeit auf Neuanschaffungen, holen diese aber später nach. Finanziert werden die Käufe dann in der Regel durch die Auflösung von Sparguthaben und durch Konsumentenkredite. Da aber nach wie vor die Kaufkraft der Löhne, Gehälter und Sozialeinkommen rückläufig ist, kann vom Privaten Verbrauch keine dauerhafte Belebung ausgehen.

Die Investitionstätigkeit hat sich etwas erhöht, was aber zu einem erheblichen Teil Reflex der im vergangenen Jahr abgelaufenen Investitionsprämie ist. Die Investitionspläne für 1984 sind eher gedämpft. Lediglich die Belebung der Exporte und der Exportaufträge hat zur Jahresmitte einen erneuten Rückgang der Produktion verhindert. Die Ursache dieser Expansion im Außenhandel ist die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik. Ein stabiler DM-Wechselkurs und eine im internationalen Vergleich niedrige Inflationsrate verschaffen der BRD gewisse Kostenvorteile. Andererseits setzen die internationale Investitionsschwäche und der Konjunkturückstand in Westeuropa der sektoral auf Investitionsgüter und regional die EG-Länder konzentrierten Außenwirtschaft der Bundesrepublik Grenzen. Mit einem auf die Gesamtkonjunktur wirkenden „Exportboom“ ist daher nicht zu rechnen.

Die schwache Belebung von Produktion und Umsätzen hat trotzdem zu einer sprunghaften Steigerung der Unternehmensgewinne geführt. Die Nettogewinne werden 1983 schätzungsweise 13 Prozent über dem Vorjahresergebnis liegen, nachdem sie schon 1982 um 7,5 Prozent angestiegen waren. Für 1984 wird mit einer weiteren Erhöhung um neun Prozent gerechnet. Dann wären die Gewinne in den drei Jahren 1982 bis 1984 um etwa ein Drittel angestiegen.

Die Quelle dieser Gewinnsteigerungen ist nicht eine verbesserte Absatzlage. Sie spiegeln vielmehr die Ergebnisse erfolgreicher Rationalisierungsbemühungen wider. Durch Personalabbau, Betriebsschließungen und Reallohnsenkungen wurde die Kostensituation verbessert. Die niedrigeren Kosten werden aber nicht über entsprechend niedrigere Verbraucherpreise weitergegeben, sondern als Gewinn zunächst einbehalten. Da die als Folge der Rationalisierungsbemühungen und der Preishochhaltung eingeschränkte private Kaufkraft eine Erweiterung der Kapazitäten nicht sinnvoll erscheinen läßt, kann sich die verbesserte Ertragslage der Unternehmen auch nicht in erhöhter Investitionsnachfrage niederschlagen. Die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen ist 1983 auf etwa 100 Prozent gestiegen, vor allem die großen Konzerne können ihre Investitionsprogramme weitgehend aus den Abschreibungen finanzieren. Im Ergebnis der staatlich unterstützten Umverteilungsstrategien kommt es gesamtwirtschaftlich zum Entzug von realer Kaufkraft: was an Konsumnachfrage fehlt, wird nicht durch zusätzliche Investitionsnachfrage ersetzt. Die Unternehmen suchen die zusätzlichen Anlagemöglichkeiten für das akkumulierte Kapital im Bereich des Geldkapitals. Infolgedessen muß jede Maßnahme zur Stabilisierung der Gewinne konjunkturell negative Effekte haben. Entscheidend ist, daß die monopolistische Struktur der Wirtschaft eine Weitergabe der Rationalisierungsgewinne über den Preis behindert.

Vor diesem Hintergrund ist auch für die nächste Zeit mit keiner Verstärkung und Verbreiterung der konjunkturellen Bele-

bungstendenzen zu rechnen. Nur in wenigen Branchen – der Chemieindustrie, dem Fahrzeugbau und der Bauwirtschaft – überwiegen eindeutig expansive Tendenzen. Dabei zeigen sich bei der Auftragsentwicklung der Bauwirtschaft seit der Jahresmitte schon wieder Ermüdungserscheinungen. In anderen Bereichen – dazu zählen insbesondere die Krisenbranchen Stahlindustrie, Schiffbau und Steinkohlebergbau – sind keinerlei Erleichterungen zu verspüren. Der Maschinenbau als immer noch wichtigste Investitionsgüterbranche erlebt ebenfalls Erschütterungen, die Schwierigkeiten der Gutehoffnungshütte (GHH) und des Baumaschinenkonzerns IBH waren mit einer stärkeren Einflußnahme der Großbanken und der Allianz-Versicherung als finanzkapitalistische Institutionen verbunden.

Zusammenfassend demonstriert der stöckende Verlauf der Belebungphase, daß die überzyklischen Krisenfaktoren der kapitalistischen Wirtschaft eher noch an Gewicht gewinnen. Die weiteren Perspektiven für die achtziger Jahre haben sich damit verschlechtert.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerngewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Aktionen der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Im ersten Halbjahr 1983 hat sich das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik (BSP) auch real, d. h. preisbereinigt wieder leicht erhöht. Es liegt allerdings immer noch etwas unter dem Stand des ersten Halbjahrs 1980, zum Zeitpunkt des Ausbruchs der zyklischen Krise von 1980/82.

Bruttosozialprodukt

	Mrd. DM ¹	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
		nominal	real
1980 1. Hj.	710	+8,0	+3,3
2. Hj.	775	+5,1	+0,6
1981 1. Hj.	731	+2,9	-1,1
2. Hj.	812	+4,7	+0,3
1982 1. Hj.	762	+4,2	-0,4
2. Hj.	836	+3,0	-1,9
1983 1. Hj.	789	+3,6	+0,1
2. Hj. ²	876	+5,0	+2,0

¹ In jeweiligen Preisen

² Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1983, S. 657; DIW-Wochendienst, 42-43/83, S. 533)

Das Bruttosozialprodukt ist aus vielen Gründen als Maßstab der wirtschaftlichen Leistung zweifelhaft, vor allem, weil es zahlreiche unproduktive und fiktive Größen enthält. Sieht man sich die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche an – unterschieden wird nach „Land- und Forstwirtschaft“, „Warenproduzierendes Gewerbe“, „Handel und Verkehr“, „Dienstleistungen“ und „Staat, private Haushalte“ –, so ist der Produktionsrückgang vor allem im warenproduzierenden Gewerbe ausgeprägt. Dieser Bereich muß nach wie vor als Kernstück der kapitalistischen Ökonomie betrachtet werden, als Basis der übrigen Sektoren. Dort konzentrieren sich die Krisenerscheinungen sowohl in zyklischer als auch in struktureller Hinsicht. Daher wird bei der Analyse das Hauptaugenmerk auf Veränderungen im produzierenden Bereich gelegt.

Die Prognosen für die Entwicklung des kommenden Jahres gehen zumeist von einer Fortsetzung der Belebungstendenzen aus, erwarten allerdings auch im Laufe von 1984 keine Verstärkung der Auftriebskräfte.

Prognose 1983/84¹

	1982	1983	1984
Bruttosozialprodukt	-1,1	+1,0	+2,0
Privater Verbrauch	-2,2	+1,0	+1,0
Staatsverbrauch	-1,1	-0,5	0,0
Anlageinvestitionen	-5,4	+3,5	+4,5
Ausfuhr	+3,7	-1,0	+3,5

¹ „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: DIW-Wochenbericht 42-43/83, S. 533)

1.2 Produktion

Die seit dem Jahresanfang wieder aufwärts gerichtete Erzeugung des produzierenden Gewerbes hat sich in den letzten Monaten nur noch geringfügig weiter erhöht. Im September lag sie um etwa fünf Prozent über dem Produktionstiefpunkt der Krise vom Ende 1982. Dies unterstreicht die bemerkenswerte Schwäche der konjunkturellen Belebung: Die Belebung nach der Krise von 1974/75 war noch doppelt so stark gewesen, die Produktion stieg damals in den neun Monaten nach Krisenende um etwa zehn Prozent.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1982				1983		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
106	106	103	101	102	105	105

¹ Index 1976 = 100

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Der Produktionshöhepunkt vor der Krise 1980/82 ist bei weitem noch nicht erreicht, im dritten Vierteljahr 1983 lag die Produktion immer noch um sechs Prozent unter dem Stand des ersten Vierteljahres 1980.

Der Stand der Produktion vom Vorjahr wurde im dritten Vierteljahr 1983 leicht übertroffen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Produktion 1982 ab Juni nochmals stark gesunken war.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Mai	Juni	Juli	August	September
Insgesamt	-3,8	+2,9	+3,0	-0,2	+2,8
Grundstoffe und Produktionsgüter	-2,0	+2,3	+3,9	+4,8	+6,6
Investitionsgüter	-5,4	+0,8	+0,5	-3,5	+1,0
Verbrauchsgüter	-3,2	+7,6	+7,4	+2,7	+1,5

¹ 1983 in % gegenüber dem Vorjahr

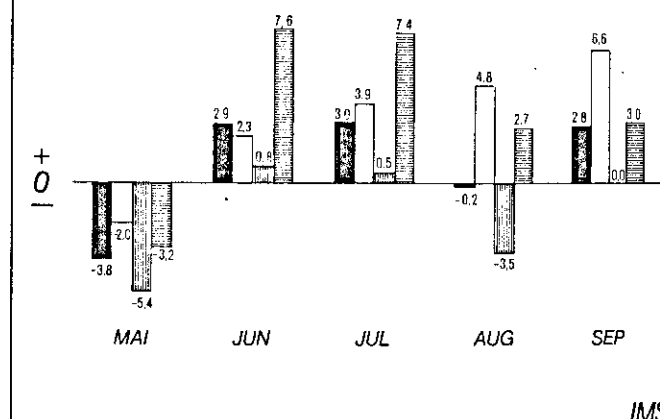
² Vorläufig

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd. S. 65¹)

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes

1983 in % gegenüber dem Vorjahr

■ Insgesamt □ Grundstoffe und Produktionsgüter
■ Investitionsgüter □ Verbrauchsgüter



Etwas stärker aufwärts gerichtet ist seit der Jahresmitte die industrielle Auftragsentwicklung. Klammert man die Verzerrung durch den Ablauf des Termins für die Investitionsprämie aus, so ergibt sich für die letzten vier Vierteljahre eine langsame Aufwärtsentwicklung.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1982				1983		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
97	93	91	93	95	93	96

¹ Volumen, Index 1980 = 100

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Dies ist allerdings seit dem Frühjahr ausschließlich der Zunahme der Auslandsaufträge zu verdanken. Die inländische Auftragsentwicklung stagniert bereits ein halbes Jahr. Deutlich rückläufig sind vor allem die inländischen Investitionsgüterbestellungen, eine für einen konjunkturellen „Aufschwung“ absolut untypische Erscheinung. Das Niveau der inländischen Investitionsgüterbestellungen lag im September nicht höher als zur Jahresmitte 1982. Sieht man von der erwähnten Verzerrung durch die Investitionsprämie ab, so stagniert die inländische Auftragsentwicklung bei Investitionsgütern seit Anfang 1982.

Expandiert haben vor allem die Bestellungen von Grundstoffen und Produktionsgütern. Auch die Zunahme der Auslandsbestel-

lungen ergibt sich ganz überwiegend aus dem Grundstoffbereich, während die Investitionsgüteraufträge nur langsam zunehmen. Es ist anzunehmen, daß dies zu einem erheblichen Teil der Vorratsbildung zu verdanken ist: die Unternehmen haben ihre in der Krise stark reduzierten Lager wieder aufgefüllt, wobei die Erwartung steigender Rohstoffpreise und das etwas niedrigere Zinsniveau stimulierend gewirkt haben dürften. Immerhin ist es im ersten Halbjahr 1983 zu einer erheblichen Aufstockung der Lager gekommen, mit 7,4 Milliarden DM mit der stärkste Lageraufbau seit der krisenbedingten Lagerexpansion im ersten Halbjahr 1980.

Das Vorjahresniveau ist bei der Auftragsentwicklung deutlich übertroffen. Dabei ist wiederum in Rechnung zu stellen, daß das dritte Vierteljahr 1982 von Auftragszurückhaltung als Folge der Investitionsprämie gekennzeichnet war, der Vorjahresabstand insofern kein Vergleichsmaßstab ist.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Mai	+4,7	+3,3	+8,6	+9,6	+2,1	-0,5	+6,4	+4,9
Juni	+4,1	+2,7	+6,6	+7,4	+1,4	-1,2	+8,3	+6,9
Juli	-0,2	-1,0	+5,4	+6,2	-4,6	-6,7	+4,6	+4,2
August	+9,4	+7,8	+14,6	+14,7	+6,9	+4,3	+7,9	+6,2
Sept. ²	+10,1	+8,3	+14,6	+14,2	+8,7	+6,2	+7,1	+5,3

(1) zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Vorläufige Zahlen

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Der Aufschwung der Auslandsaufträge der letzten Monate spiegelt sich auch im Vorjahresvergleich deutlich wider. Trotzdem kann bis jetzt auch nicht mit einer exportgetragenen Belebung gerechnet werden. Denn die ausländischen Investitionsgüterbestellungen – ein Reflex der international verbreiteten Investitionsschwäche – expandieren nur wenig.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Inland				
Mai	+5,3	+6,8	+3,4	+6,7
Juni	+7,5	+6,6	+7,1	+9,5
Juli	-1,6	+1,6	-6,0	+3,8
August	+8,2	+11,8	+6,6	+6,6
September	+10,0	+13,4	+9,6	+6,4
Ausland				
Mai	+4,0	+12,1	-0,1	+5,0
Juni	-1,7	+6,3	-6,0	+3,5
Juli	+2,8	+12,5	-2,5	+7,8
August	+11,8	+20,6	+7,2	+13,7
September	+10,3	+17,0	+7,1	+10,9

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Vor diesem Hintergrund sind starke Unterschiede zwischen den Branchen zu registrieren, Anzeichen dafür, daß es bis jetzt noch zu keiner breiten konjunkturellen Erholung gekommen ist.

In der *eisenschaffenden Industrie* währt die Branchenkrise nun schon neun Jahre. Seit dem Stahlboom von 1973/74 wird von strukturellen Überkapazitäten der Stahlindustrie gesprochen und davon, daß ein drastischer Kapazitätsabbau notwendig wäre. Tatsächlich wurden die Beschäftigtenzahlen zwischen Mitte 1974 und Mitte 1983 um etwa 100 000 oder 30 Prozent reduziert. Die technischen Kapazitäten aber sind kaum abgebaut worden, zur umfangreichen Subventionen haben mit der Modernisierung der Anlagen gleichzeitig zum Erhalt der Überkapazitäten beigetragen. Von der Seite der Stahlnachfrage ist auch für die nächste Zeit keine Entlastung zu erwarten. Die Produktion wird 1983 das Vorjahresergebnis nur knapp erreichen.

Dagegen haben sich in der *chemischen Industrie* inzwischen ausgesprochen expansive Tendenzen durchgesetzt. Für 1983 wird mit einem Produktionszuwachs um fünf Prozent gerechnet, bedingt vor allem durch sprunghafte Exportzunahmen seit der Jahresmitte. Allerdings sind nicht alle Bereiche gleichermaßen erfaßt, Schwierigkeiten gibt es nach wie vor im Düngemittelbereich, bei Massenkunststoffen und bei petrochemischen Grundstoffen.

Dagegen sind die Erwartungen im *Maschinenbau* nach wie vor pessimistisch. Im ersten Halbjahr 1983 lag die Produktion um vier Prozent unter dem Vorjahresstand, für das ganze Jahr wird ein Rückgang um fünf Prozent erwartet. Betroffen sind sowohl das Inlands- wie das Auslandsgeschäft. Die Ursache ist die bereits erwähnte Investitionsschwäche. Außerdem profitiert der Maschinenbau nur wenig von der Rationalisierung. Der Maschinenbauverband (VDMA) betont dabei, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit der Branche keineswegs gesunken sei – ein gewisser Konkurrenzvorsprung der japanischen Unternehmen bei Werkzeugmaschinen sei inzwischen wieder eingeholt.

Günstiger als im Maschinenbau ist die Situation in der *Elektroindustrie*. Im Investitionsgüterbereich schlägt die Tatsache zu Buche, daß Rationalisierungsinvestitionen einen hohen Anteil von elektrotechnischen Produkten haben. Für 1983 wird ein Produktionszuwachs von etwa zwei Prozent erwartet, wobei der Zuwachs nicht die Konsumgüterbereiche betrifft. Trotz dieser relativ günstigen Entwicklung gehen die Beschäftigtenzahlen weiter zurück bzw. stagnieren. 30 000 Arbeitsplätze, gut drei Prozent, dürften 1983 in der Elektroindustrie vernichtet werden.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe, insges.	-3,8	-2,9	+5,1	-0,2
Eisenschaffende Industrie	-9,5	-5,2	-2,7	+2,3
Chemische Industrie	+3,7	+6,8	+6,0	+10,6
Maschinenbau	-11,0	-5,5	-2,6	-11,4
Straßenfahrzeugbau	-5,9	+0,3	-1,0	-1,0
Elektrotechnik	-4,3	+2,8	+4,8	-3,0
EDV-Geräte	+19,4	+22,2	+27,5	+21,3
Textilgewerbe	-3,3	+2,8	+11,5	-13,1
Bekleidungs-gewerbe	-12,8	+7,4	-1,3	-3,0
Bauhaupt-gewerbe	-3,2	+7,6	+9,4	+2,7

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Eine der wenigen expandierenden Branchen ist die *Automobilindustrie*. Wegen des niedrigen Ausgangsniveaus zum Jahreswechsel liegt die Produktion zwar noch leicht unter dem Vorjahresstand, die Zulassungsziffern für Pkw deuten aber auf einen kleinen „Autoboom“ hin. In den ersten drei Quartalen von 1983 wurden etwa 14 Prozent mehr Pkw neu zugelassen als in der gleichen Vorjahreszeit. Etwas ungünstiger hat sich der Export entwickelt, hier liegt das Ausfuhrvolumen in den ersten neun Monaten noch um vier Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Weniger günstig ist die Lage im Nutzfahrzeugbereich, vor allem schwere Lkw haben den Einbruch noch nicht überwunden. Trotz dieses konjunkturellen Absatzhochs sind für die Branche mittelfristig große Schwierigkeiten zu erwarten. Die Produktionskapazitäten wurden im Rahmen eines gewaltigen Investitionsprogramms zwischen 1978 (einem Autorekordjahr) und 1982 um annähernd 20 Prozent erweitert. Und dieser Prozeß hält an, verbunden mit großen Rationalisierungseffekten. (Stichwort: „japanisches Modell“) Gleichzeitig rechnen Absatzprognosen in den nächsten 10 bis 15 Jahren weltweit mit knapp drei Prozent, in den kapitalistischen Industrieländern mit nur zwei Prozent jährlichem Umsatzwachstum. Es ist also absehbar, daß es in wenigen Jahren zu erheblichen Überkapazitäten kommen wird, die – ähnlich wie jetzt in der Stahlindustrie – zusätzlichen Personalabbau bringen werden.

In den *Textil- und Bekleidungsindustrien* hat sich die Absatzlage gebessert. Die Produktion steigt etwas an, sie wird im Jahresdurchschnitt von 1983 kaum noch unter dem Vorjahresstand liegen. Dabei ist allerdings das niedrige Niveau zu berücksichtigen: Die Textilindustrie produziert gegenwärtig 10, die Bekleidungsindustrie 25 Prozent weniger als im Jahre 1976.

In der *Bauwirtschaft* gibt es erste Anzeichen dafür, daß sich die Expansion abschwächt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Besserung der Auftragslage vor allem beim Wohnungsbau bisher nur wenig auf die Produktion durchgeschlagen hat: erst im zweiten Halbjahr 1983 sind die Vorjahresziffern für die Bauproduktion deutlich überschritten, im Jahresdurchschnitt dürfte der Stand von 1982 nur um zwei bis drei Prozent übertroffen sein. Gebremst wird die Entwicklung der Bauwirtschaft durch den Rückgang der öffentlichen Bauaufträge. Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Städte und Gemeinden, wirkt sich hier destabilisierend aus. Vor allem im Wohnungsbau steigen die Aufträge nicht weiter an, die Finanzierungszusagen stagnieren seit der Jahresmitte.

Bauvolumen nach Bereichen¹

	1981	1982	1983 ²	1984 ²
Wohnungsbau	60,5	57,3	60,5	64,2
Wirtschaftsbau	37,6	36,9	37,9	39,4
Öffentlicher Bau	36,1	34,0	32,0	32,6
Insgesamt	134,4	128,2	130,4	136,2

¹ Mrd. DM. Preise von 1970 ² Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/83, S. 563)

Zugespißt haben sich die Krisenerscheinungen im *Steinkohlebergbau*. Im Gefolge der Stahlkrise ist der Absatz weiter zurückgegangen, die Halden sind wieder angewachsen. Auch hier wird von Überkapazitäten gesprochen, die teilweise durch Zechenstillegungen, vor allem aber durch „Verbundbergwerke“ abgebaut werden sollen: dabei werden die relativ personalintensiven überirdischen Anlagen abgebaut, die unterirdischen Anlagen durch Verbindungen an andere Grubenfelder angeschlossen.

Bundesfinanzminister Stoltenberg fordert eine Reduzierung der Förderkapazität um zehn Millionen Jahrestonnen. Dies wäre mit einer weiteren Vernichtung von etwa 20 000 Arbeitsplätzen verbunden.

Eckdaten im Steinkohlebergbau

	Beschäftigte in 1000	Fördermenge in Mill. Tonnen	Halden in Mill. Tonnen
1957	607	149	—
1966	334	126	17
1972	221	103	11
1978	184	84	33
1980	187	87	18
1982	185	88	32
1983 ¹	182	82	36

¹ Geschätzt
(Quelle: Frankfurter Rundschau vom 8. 10. 1983)

Im *Einzelhandel* hat sich die Absatzlage stärker gebessert als ursprünglich zu erwarten gewesen war. Die realen Umsätze liegen zur Zeit auf Vorjahreshöhe. In saisonbereinigter Betrachtung dürften sie zur Zeit stagnieren, ein angesichts rückläufiger Kaufkraft immerhin bemerkenswertes Ergebnis. Dies ist allerdings überwiegend auf die Entwicklung im Fahrzeugbereich zurückzuführen: zwischen Januar und Juli 1983 wurde hier real neun Prozent mehr umgesetzt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Finanziert werden die Anschaffungen durch die Auflösung von Sparguthaben und durch Konsumentenkredite. Trotz der bisher überraschend stabilen Absatzentwicklung stellt der private Verbrauch keine dauerhafte Grundlage für einen Aufschwung dar: es fehlt dafür die Grundlage stabiler Kaufkraftentwicklung.

Die Produktionsentwicklung insgesamt und die Betrachtung der Situation in den einzelnen Bereichen zeigt deutlich, daß die kon-

junkturrellen Belegungstendenzen sich in den letzten Monaten weder verstärkt noch verbreitert haben. Von einem „Aufschwung“ kann nach wie vor nicht gesprochen werden – die Unsicherheitsfaktoren haben eher wieder etwas an Bedeutung gewonnen.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Daß die konjunkturelle Wiederbelebung nur schleppend vorangeht, kann man auch an der Entwicklung am Kreditmarkt ablesen. Wie aus der Tabelle hervorgeht, nehmen die Kredite an inländische Nichtbanken lediglich um etwa 6 Prozent insgesamt zu. Die Kredite an öffentliche Haushalte zeigen eine deutliche Verlangsamung, aber auch die Kreditnachfrage der Unternehmen und Privaten ist nach wie vor gedämpft. Dabei expandieren die Konsumentenkredite (+ 7 Prozent im Jahresvergleich), während die Wirtschaftskredite nahezu stagnieren. Das ist z. T. auf die sehr gute Finanzierungslage der Unternehmen selbst zurückzuführen: im 1. Halbjahr 1983 ist die Eigenfinanzierungsquote der nichtfinanziellen Unternehmen auf 99,4 Prozent – gegenüber 81,4 Prozent in demselben Zeitraum 1982 – gestiegen, während die Eigenfinanzierungsmittel um 27 Prozent zunahmen, wuchsen die Bruttoinvestitionen nur um knapp 4 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Geldkapitalbildung zu beobachten, obwohl sich hier in den letzten Monaten eine Beschleunigung anzubahnen scheint. So schreibt die Bundesbank in ihrer Pressemitteilung vom Ende Oktober dieses Jahres „Monetäre Entwicklung im September 1983“: „Die Stabilisierung der Zinsen förderte vermutlich die Anlage umfangreicher Mittel in langfristiger Form bei Banken, darunter anscheinend auch im Juli freigewordene prämienbegünstigte Spareinlagen.“

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1982 Dezember Milliarden DM	1983 September ² Milliarden DM	1982 Jahr Veränderungen	1. Vj.	1983 2. Vj.	3 Vj ² gegenüber Vorj.
Kredite an inländische Nichtbanken	1713,4	1774,2	6,4	6,2	6,7	6,6
– Unternehmen u. Private	1289,3	1340,0	5,4	5,1	5,8	6,3
– Öffentliche Haushalte	424,1	434,2	9,9	9,7	9,5	7,4
Netto-Auslandsforderungen	113,7	109,2	2,8	8,1	–2,4	0,6
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	996,1	1051,3	5,5	5,4	6,0	6,1
darunter: Spareinlagen und -briefe	312,1	307,7	5,5	5,0	4,8	4,1
Geldvolumen (M ₃)	831,0	832,1	7,1	7,5	6,5	6,4

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Was den Kapitalmarkt anbetrifft, so ist auf dem Primärmarkt, also bei der Neuausgabe von Wertpapieren, eine rege Anlagebereitschaft in festverzinsliche Wertpapiere zu verzeichnen. Anders als auf dem Kreditmarkt bleibt hier die Kapitalnachfrage der öffentlichen Hand auch 1983 hoch: Im Zeitraum Januar-September sind die Neuemissionen von öffentlichen Anleihen und Kommunalobligationen mit 45 Milliarden DM auf dem hohen Niveau des Vorjahres geblieben.

Bei den Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und den „sonstigen“ Bankschuldverschreibungen, die hauptsächlich zur Finanzierung der gewerblichen Wirtschaft dienen, ist es zu einer Wiederbelebung gekommen.

Auf dem Sekundärmarkt, d. h. beim Handel mit älteren Wertpapieren, liegen die Börsenumsätze deutlich höher als im Berichtszeitraum des Vorjahres; insbesondere der Kassahandel in inländischen Aktien verzeichnet einen regelrechten Boom: wurden in dem Berichtszeitraum 1982 24 Milliarden DM an Aktien umgesetzt, so stieg der Kassahandel 1983 auf knapp 66 Milliarden, ei-

nen absoluten Rekord für die westdeutsche Aktienbörse. Diese Entwicklung spiegelt sich im Mittelaufkommen der Kapitalanlagegesellschaften wieder: nachdem zwischen 1978 und 1982 ein Nettoverkauf von Investmentanteilen der Aktienfonds vorherrschte, ist es 1983 wieder zu einem Mittelzufluß an die Aktienfonds gekommen. Daß aber die Neuemissionen von Aktien inländischer Emittenten gegenüber dem Vorjahr gemessen am Nominalwert praktisch unverändert geblieben sind und seit Anfang der 70er Jahre stagnieren, deutet darauf hin, daß die Aktien als Finanzierungsmittel der Wirtschaft nur eine sehr begrenzte Rolle spielen.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1982 1. Hj.	3. Vj.	1983 1. Hj.	3. Vj. ¹
Anleihen der öffentlichen Hand	28 563	11 729	8 102	13 742	8 801
Kommunalobligationen	36 099	18 537	6 595	17 130	4 977
Sonstige Bankschuldverschreibungen	8 689	1 741	2 226	15 692	2 316
Industrieobligationen	–634	–253	–216	–381	–95
Ausländische Rentenwerte	10 983	7 904	1 266	3 672	1 100
Absatz = Erwerb insgesamt	83 709	39 658	17 973	49 855	17 100
darunter: Kreditinstitute	43 093	15 928	8 695	25 463	600
Inländische Nichtbanken	36 722	23 373	7 382	20 862	9 500

¹ Vorläufige Zahlen

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Während die Zinsen auf Kontokorrentkredite weiterhin sinken, sind die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand zwischen April und September erneut um 1 Prozentpunkt gestiegen. Der Index der Aktienkurse hat einen neuen Nachkriegshöchststand erreicht; innerhalb eines Jahres ist er um 35 Prozent emporgeschneit.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	In %		29. 12. 1972 = 100
1981			
1. Vj.	12,24	9,8	98,2
2. Vj.	14,36	10,6	103,7
3. Vj.	14,58	11,1	105,3
4. Vj.	14,15	10,0	99,8
1982			
1. Vj.	13,55	9,7	101,2
2. Vj.	12,55	9,0	102,0
3. Vj.	11,96	9,0	98,5
4. Vj.	10,52	8,1	104,1
1983			
1. Vj.	9,35	7,5	113,6
2. Vj.	8,31	7,7	130,6
3. Vj.	8,25	8,2	131,4

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Nach Meinung einiger Börsenanalytiker der westdeutschen Banken verbleibt noch ein unausgeschöpftes Kurspotential von rund 20 Prozent, bis eine normale Bewertungshöhe erreicht sein wird. Da es aber nur langsam zu einer Wiederbelebung der Wirtschaftskonjunktur kommt, erklären die bürgerlichen Kommentatoren nicht zu Unrecht, daß die äußerst günstige Lage am Aktienmarkt auf das Vertrauen der Kapitalanleger in die gewinnfreundliche Wirtschaftspolitik der konservativen Regierungskoalition zurückzuführen sei. So schrieb beispielsweise „Die Zeit“ vor einigen Monaten: „An der Börse geht es nicht um die Gegenwart. In den Kursen wird versucht, die zu erwartende Entwicklung zum Ausdruck zu bringen. Honoriert wird nicht zuletzt die von der heutigen Bundesregierung eingeleitete Politik, die den Unternehmen über die Einräumung steuerlicher Erleichterungen mehr Rückhalt

für Investitionen schaffen will. Das geschieht bereits über eine Vielzahl von – zugegeben wenig spektakulären – Maßnahmen, deren Erfolg sich aber mit ziemlicher Sicherheit in den Bilanzen des Jahres 1983 niederschlagen wird.“ („Die Zeit“, Nr. 29, vom 15. Juli 1983).

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit stellt die wohl wichtigste „Schwachstelle“ der aktuellen konjunkturellen Belegungsphase dar. Zwar hat das Volumen der gesamtwirtschaftlichen Investitionen im ersten Halbjahr 1983 wieder das Vorjahresniveau überschritten, dies ist aber wesentlich eine Folge der Verzerrung durch die Investitionsprämie.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen¹

	1980 1. Hj.	2. Hj.	1981 1. Hj.	2. Hj.	1982 1. Hj.	2. Hj.	1983 1. Hj.	2. Hj. ²
Ausrüstungen	+3,7	+1,5	–1,7	–5,2	–7,5	–3,9	+4,1	+7,0
Bauten	+9,0	–0,8	–5,8	–3,6	–6,7	–2,5	+0,4	+3,0
Anlageinvestitionen insgesamt	+6,8	+0,2	–4,1	–4,2	–7,1	–3,9	+1,9	+5,0

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, real

² Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/83, S. 664; DIW-Wochenbericht 42–43/83, S. 533)

Für das zweite Halbjahr 1983 wird eine deutlichere Zunahme der Investitionen, insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen, erwartet: Ende des Jahres läuft die Auslieferungsfrist der im Rahmen der Investitionsprämie bestellten Investitionsgüter ab, so daß dadurch die reale Entwicklung verzerrt wird. Dementsprechend wird in den Prognosen schon für 1984 wieder eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit erwartet.

Die Bundesbank behauptet, die aktuelle Entwicklung stünde nicht im Widerspruch zu der von ihr und von den Unternehmern vertretenen These, daß verbesserte Erträge auch zu einer Ausweitung der Investitionen führen würden. Die Tatsache, daß die Investitionen kaum, die Erträge aber rapide ansteigen, sei mit einer Zeitverzögerung zu erklären, mit der die Investitionen auf die Gewinnentwicklung reagieren. Also müßte die Eigenfinanzierungsquote, die im ersten Halbjahr 1983 fast 100 Prozent erreicht hat, in der nächsten Zeit wieder deutlich sinken – nicht weil die Erträge sinken, sondern weil die Investitionen ansteigen.

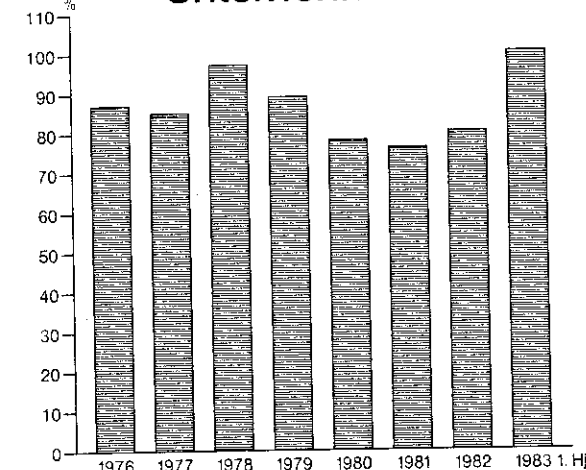
Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen¹

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ²
	86,7	84,9	96,9	88,8	77,9	75,1	80,1	99,4

¹ Unternehmen ohne Wohnungsvermittlung und finanzielle Institutionen, Eigenmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen plus Lagerinvestitionen)

² 1. Halbjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktoberhefte lfd.)

Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen



Dem ist einmal entgegenzuhalten, daß die Erträge bereits seit dem zweiten Halbjahr 1981 wieder zunehmen. Die Investitionen sind aber bis Ende 1982 zurückgegangen und steigen jetzt nur wegen der Investitionsprämie etwas an.

Zum anderen müßte inzwischen zumindest an Frühindikatoren wie den Investitionsplänen der Unternehmen und den Investitionsaufträgen eine bevorstehende Investitionsbelebung ablesbar sein. Die Investitionspläne aber lassen für 1984 bestenfalls eine Stagnation der industriellen Investitionen erwarten, die inländischen Investitionsgüteraufträge gehen – wie in Abschnitt 1.2 gezeigt – zurück. Und selbst die Prognosen der konservativen Ökonomen rechnen für 1984 mit einer erneuten Verlangsamung der Investitionstätigkeit. Wie man es auch immer dreht und wendet: einer Verbesserung der Unternehmenserträge um mehr als 21 Prozent in den Jahren 1982 und 1983 entspricht eine erwartete Erhöhung der Bruttoanlageinvestitionen um nominal knapp 13 Prozent. Noch deutlicher wird der Zusammenhang, wenn man von absoluten Zahlen ausgeht und die Finanzierungssituation einbezieht: die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden nach den Schätzungen des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute 1983 um etwa 52 Milliarden DM höher ausfallen als 1981. Die Nettoanlageinvestitionen (= Bruttoanlageinvestitionen minus Abschreibungen) aber werden nach den gleichen Schätzungen 1984 nur etwa 22 Milliarden DM höher sein als 1982. Selbst wenn man mit einer Zeitverzögerung von einem Jahr rechnet, ist also der von der Bundesbank behauptete Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen nicht herzustellen.

Dies kann auch deshalb nicht überraschen, weil der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten noch immer niedrig ist und nur langsam ansteigt.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,4
1983	76,0	77,7	79,1	

1 In % der betrieblichen Vollauslastung, 1975 jeweils Januar, April, Juli und Oktober (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/83, S. 2)

Der Krisentiefstand vor Jahresfrist ist erst um etwa vier Prozent übertroffen. Dabei ist bemerkenswert, daß der Auslastungsgrad sich in den letzten Monaten nur im Bereich der Grundstoffe und Produktionsgüter verbessert hat. Bei den Investitionsgüterherstellern ist er zwischen Juni und September sogar wieder leicht gesunken, im Konsumgüterbereich stagniert er. Die Auftragsbestände in der Industrie haben sich insgesamt nur wenig erhöht, im Investitionsgüterbereich sind sie sogar wieder zurückgegangen. Für die nächsten zwölf Monate rechnen die Firmen hier sogar verstärkt mit einem eher niedrigeren Auslastungsgrad.

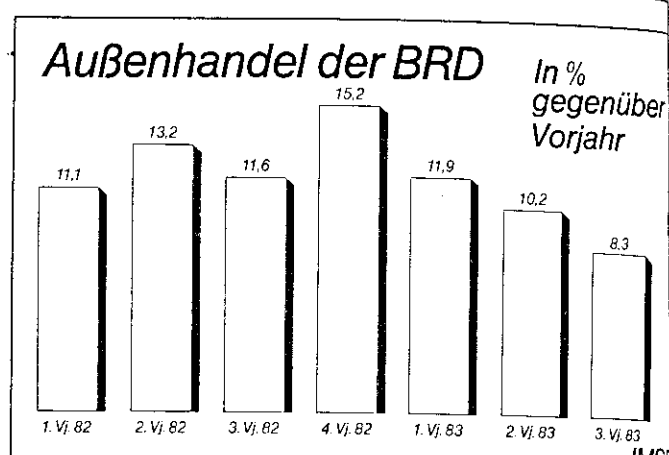
1.5 Außenwirtschaft

Der Außenhandel der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten deutlich belebt. Man kann davon ausgehen, daß ein erneuter konjunktureller Rückschlag zur Jahresmitte nur durch die Ausweitung des Exports verhindert worden ist. Auch die zaghaften Aufschwungshoffnungen stützen sich fast ausschließlich auf eine erhoffte Stärkung der Auslandsnachfrage.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 82	107,6	+18,0	96,5	+5,6	+11,1	—
2. Vj. 82	108,3	+11,3	95,1	+4,9	+13,2	+100,0
3. Vj. 82	101,4	+2,6	89,8	-2,1	+11,6	+63,4
4. Vj. 82	110,5	+0,6	95,3	-0,1	+15,2	+5,6
1. Vj. 83	105,6	-1,9	93,7	-2,9	+11,9	+7,2
2. Vj. 83	106,0	-2,1	95,9	+0,8	+10,2	-22,7
3. Vj. 83	103,4	+2,0	95,1	+5,9	+8,3	-28,4

1 In % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



Die ausgeprägte Erholung der bundesdeutschen Exporte, die sich ja auch in einer Belebung der Auslandsaufträge niederschlägt, muß auf den ersten Blick überraschen. Denn an sich ist die Entwicklung der internationalen Absatzbedingungen keineswegs besonders günstig für die Bundesrepublik. Der Welthandel erholt sich zur Zeit zwar etwas, trotzdem wird im Jahresdurchschnitt von 1983 kein besseres Ergebnis erwartet als im Vorjahr. Erst 1984 wird mit einem Anstieg des Welthandels um drei bis vier Prozent gerechnet.

Zudem ist die konjunkturelle Situation in den Hauptabsatzländern der Bundesrepublik, nämlich in Westeuropa, sehr gedämpft. In wichtigen Exportländern wie Frankreich und Italien ist die Krise noch nicht beendet. In den OPEC-Ländern, die einen guten Teil der Exportexpansion getragen hatten, sind die Bestellungen weiter rückläufig.

Zudem – dies wurde bereits erwähnt – ist die konjunkturelle Erholung selbst in Nordamerika, wo sie etwas deutlicher verläuft, durch eine ausgeprägte Investitionsschwäche gekennzeichnet. Investitionsgüter aber sind der wichtigste Faktor der bundesdeutschen Außenhandelsposition.

Positive Einflüsse hat dagegen die Entwicklung der Wechselkurse: dabei ist davon auszugehen, daß eine Abwertung der DM gegenüber anderen Währungen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik begünstigt. Wird die Währung eines Landes „billiger“, dann werden für ausländische Importeure auch die Waren dieses Landes billiger. Dies ist zur Zeit gegenüber dem Dollar und dem japanischen Yen der Fall: Dollar- und Yen-Kurse steigen, infolgedessen nehmen auch die Exporte in den Dollar- bzw. Yen-Raum zu.

Klammert man aber diese beiden Währungen aus, so kann keineswegs von einer auch nur zeitweiligen Abwertung der DM gesprochen werden. Vor allem gegenüber den Währungen der westeuropäischen Länder steht die DM unter ständigem Aufwertungsdruck. Dies wirkt sich aber deshalb nicht negativ auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik aus, weil die BRD im Vergleich zu den meisten anderen Ländern eine niedrige Inflationsrate aufweist.

Index des Außenwerts der DM¹

	Wert der DM gegenüber		Währungen von 23 Handelspartnern ²	Preisbereinigter Außenwert der DM ³
	US-Dollar	EG-Währungen		
1973	121,7	109,3	109,4	108,4
1974	124,7	116,6	114,5	107,7
1975	131,3	117,3	115,8	101,8
1976	128,1	129,1	123,1	102,5
1977	138,9	138,8	132,4	104,1
1978	160,7	146,1	140,4	104,8
1979	175,9	150,6	146,7	104,7
1980	177,6	151,0	148,4	99,2
1981	143,1	153,5	144,8	92,4
1982	132,9	166,9	153,9	94,1
1983 ⁴	120,8	179,0	162,4	93,8

1 Index 1972 = 100

2 Gegenüber den Währungen der 23 wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik

3 Außenwert der DM gegenüber 14 Industrieländern, bereinigt um die Differenzen im Anstieg der Verbraucherpreise

4 September

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Interessant an der Tabelle ist vor allem der Vergleich zwischen der vorletzten und der letzten Spalte: während die DM gegenüber den Währungen der Handelspartner in der Tendenz aufgewertet wurde, behielt sie real ihren Wert bzw. wurde sogar etwas abgewertet: die Inflation verlief in der BRD wesentlich langsamer. Die Nachteile für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der BRD, die mit der DM-Aufwertung verbunden sind, wurden also durch die günstigere Entwicklung der Preise mehr als ausgeglichen. Infolgedessen hat sich vor allem seit 1980 die preisliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik deutlich verbessert. Und auf diesem Effekt beruht auch der Optimismus der bundesdeutschen Industrie: daß es gelingt, vom kaum noch wachsenden „Kuchen“ des Welthandels ein größeres Stück abzuschneiden.

Allerdings ist eine solche Strategie mit großen Gefahren verbunden. Denn Gegenmaßnahmen der benachteiligten Länder, Importbeschränkungen, würden einschneidende Konsequenzen für die Gesamtentwicklung mit sich bringen.

Alles in allem aber steht die jüngste Exportbelebung auf keinen sehr stabilen Füßen: die regionalen und sektoralen Strukturen der Exportnachfrage sind für die Bundesrepublik eher ungünstig.

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Unternehmerrgewinne sind mit dem Beginn der leichten konjunkturellen Belebung sprunghaft angestiegen. Die ersten Schätzungen (vgl. „INFORMATIONEN ...“ 3/1983) waren noch viel zu vorsichtig.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen¹

	Brutto	Netto
1980 1. Hj.	+ 3,6	+ 6,0
2. Hj.	- 4,9	- 4,3
1981 1. Hj.	- 6,0	- 5,9
2. Hj.	+ 3,4	+ 5,6
1982 1. Hj.	+ 6,6	+ 9,2
2. Hj.	+ 5,8	+ 6,1
1983 1. Hj.	+11,3	+13,2
2. Hj. ²	+11,0	+12,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr

2 Schätzung des „Herbstgutachtens“

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1983, S. 669; DIW-Wochenbericht 42-43/83, S. 534)

Noch etwas stärker steigen die Unternehmensgewinne im engeren Sinne an, namentlich die Erträge der großen Gesellschaften. Nachdem z. B. die BHF-Bank in ihrer Gewinnschätzung vom Frühjahr schon mit einem Anstieg der Unternehmenserträge der 58 größten Konzerne um 15 Prozent im laufenden Jahr gerechnet hatte, wurde diese Erwartung in der Herbst-Prognose auf 20 Prozent hochgeschraubt. Für 1984 wird mit einer weiteren Gewinnsteigerung um 10 bis 15 Prozent gerechnet. Daß schon eine leichte Umsatzsteigerung zu derartig kräftigen Gewinnsprüngen führt, wird von der Bank mit Personaleinsparungen, der Rationalisierung von Produktion und Verwaltung und der Stilllegung von Betrieben begründet. Dies heißt allerdings nichts anderes, als daß die so erreichten Kostensenkungen nicht über den Preis weitergewälzt werden, sondern als Profit im Unternehmen verbleiben. Da eine solche Unternehmenspolitik die Erweiterung der Absatzmärkte und damit auch der Produktionsziffern begrenzt, finden sich für die hohen Profite keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten im Bereich der realen Investitionen. Ergebnis: die Profite werden anderweitig profitabel angelegt, in Form von Geldkapital, als Spekulationskapital oder zum Kauf von Unternehmensbeteiligungen im In- und Ausland. Jede weitere Maßnahme zur Steigerung der Profite durch Umverteilung muß dieses Mißverhältnis vergrößern: die umverteilten Mittel werden der Kon-

sumnachfrage entzogen, stärken aber auch nicht die Investitionsnachfrage, weil die beschränkten Absatzmöglichkeiten vor allem Erweiterungsinvestitionen als unrentabel erscheinen lassen.

Gewinne je Aktie¹

	1982	1983	1984
Veba	13,—	15,50	18,—
Siemens	36,—	42,—	47,50
Daimler-Benz	62,50	67,—	77,—
VW	0	4,—	18,—
Hoechst	11,50	17,—	18,—
Bayer	10,50	16,—	18,—
BASF	10,—	15,—	18,—
Thyssen	0	0	0
Mannesmann	22,—	15,—	17,—
Kaufhof	13,—	16,—	17,—
Hochtief	72,—	72,—	65,—
Guthoffnungshütte	11,50	6,—	8,—

1 DM je 50-DM-Aktie, ohne Steuergutschrift (Quelle: BHF-Bank, Stand 31. 8. 83)

Dies ist sicher im großen Bereich der kleinen und mittleren Betriebe oft anders. Diese Betriebe sind wegen ihrer Marktschwäche aber meist gezwungen, die Erfolge der Rationalisierung und der Kostensenkungen über den Preis weiterzugeben, wobei weniger die Verbraucher als die Konzerne, mit denen sie in Geschäftsbeziehungen stehen, davon profitieren.

Nur nochmals erwähnt sei die Tatsache, daß die Bankenerträge weiterhin überproportional stark ansteigen.

2.2 Konzentration

Kurz vor Redaktionsschluß der „INFORMATIONEN“ stellten nacheinander die Privatbank „SMH“, der ihr verbundene Baumaschinenkonzern IBH und die Maschinenbaugesellschaft „Wibau“, eine Beteiligung der IBH, den Vergleichsantrag. Die Ursache scheinen Liquiditätsprobleme des in den letzten Jahren durch rasche Firmenzusammenkäufe entstandenen IBH-Konzerns zu sein, die die Finanzierungsmöglichkeiten der SMH-Bank als Hausbank des Konzerns überstiegen. In der Wirtschaftspresse werden Parallelen zum Zusammenbruch des Korf-Konzerns gezogen, einer Unternehmensgruppe, die ebenfalls auf der Grundlage labiler Finanzierungsmethoden durch Firmenaufkäufe groß geworden war. Beide Konzerne – IBH wie Korf – gehörten nicht zum „Establishment“ des eingesessenen Groß- und Finanzkapitals, ihre Leiter waren „Außenreiter“. Im Falle IBH überstiegen die Finanzierungsbedürfnisse die Möglichkeiten einer mittleren Privatbank wie der SMH-Bank deutlich. Die „Rettungsaktion“ der Privatbank durch ein Konsortium von 20 anderen Banken – die Forderungen der Großbanken wie der Dresdner und der Deutschen Bank werden quasi in Beteiligungen umgewandelt – wird die Selbständigkeit der SMH-Bank beenden, für wichtige Teile des IBH-Konzerns hat der britische Maschinenbaumulti Babcock bereits Interesse angemeldet. Im Ergebnis wird es jedenfalls zu einer Positionsverbesserung des Finanzkapitals kommen, das die sich anbahnende Neuordnung der IBH-Beteiligungen maßgeblich bestimmt.

Auch die Turbulenzen beim größten Maschinenbaukonzern Guthoffnungshütte (GHH) bzw. bei der wichtigsten Beteiligungsgesellschaft MAN – den Ersatz von Lennings durch den Allianz-Mann Götte als Vorstandsvorsitzenden von GHH – gehen auf Eingriffe des Finanzkapitals (Allianz-Versicherung und Commerzbank) zurück. Anlaß waren drohende Verluste bei MAN und das angeblich nicht ausreichend rigorose Sanierungsprogramm von Lennings. Zwar hat es bei MAN tatsächlich Absatzrückgänge bei Schwerlastwagen gegeben, andererseits sind die Schwierigkeiten keineswegs dramatisch. In der Wirtschaftspresse wird darauf hingewiesen, daß MAN mit seinen relativ geringen Produktionsziffern gegen Konkurrenten wie Daimler und Iveco/FIAT zu konkurrieren hat, d. h. auf Dauer wohl teurer produziert als diese. Es

ist daher keineswegs unwahrscheinlich, daß der Nutzfahrzeugbereich von MAN in absehbarer Zeit ganz abgebaut oder auf Spezialgebiete reduziert wird – was mit einschneidenden Verlusten an Arbeitsplätzen verbunden wäre. Dies ist auch deshalb nicht unwahrscheinlich, weil die gegenwärtige Absatzschwäche bei Schwerlastkraftwagen nicht vorübergehender Natur ist: Bestellungen aus der Dritten Welt, insbesondere aus den OPEC-Staaten, hatten in der Vergangenheit außerordentlich stark expandiert. Damit ist es im Zuge rückläufiger Öleinnahmen und zunehmender Finanzierungsschwierigkeiten vorbei.

Die zentrale Rolle der Banken und anderer Kapitalgeber beim Zentralisationsprozess ergibt sich aus der generell hohen Fremdfinanzierungsquote der kleinen und mittleren Unternehmen. Die Klagen der Unternehmer über die zu geringe und weiter sinkende Eigenkapitalquote sind für diesen Unternehmenssektor weitgehend zutreffend – anders sind die Verhältnisse aber bei den großen Unternehmen, insbesondere bei den Konzernen.

Eigenkapitalquote nach Unternehmensgrößen¹

Jahresumsatz	1977	1980
Bis 10 Mill. DM	21,4	14,8
10 bis 50 Mill. DM	22,3	18,3
50 bis 100 Mill. DM	23,6	21,8
Über 100 Mill. DM	25,0	26,3

¹ Eigenkapital in Prozent der Bilanzsumme
(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft)

Die Zahl der Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüche ist bis zur Jahresmitte noch angestiegen. In den ersten drei Quartalen von 1983 waren es nochmals 6,6 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Allerdings ist im dritten Quartal ein leichter Rückgang festzustellen: der Vorjahresstand war hier um 3,6 Prozent unterschritten. Die konjunkturelle Besserung hat sich allerdings vorwiegend bei Baufirmen positiv ausgewirkt, in den meisten anderen Bereichen ist noch keine Erleichterung zu registrieren.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Lohn- und Gehaltsentwicklung hat sich trotz der leichten konjunkturellen Belebungstendenzen weiter abgeschwächt. Saisonbereinigt gehen die Bruttoarbeitseinkommen je Beschäftigten sogar leicht zurück, gegenüber dem Vorjahr verringert sich der Abstand.

Die Nettolohnsumme war im ersten Halbjahr 1983 sogar etwas niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Die seit 1980 sichtba-

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1982				1983		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+4,3	+3,6	+3,9	+4,0	+3,8	+3,2	+3,0

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

re Senkung der Reallöhne und -gehälter hat sich trotz deutlicher Inflationsverlangsamung weiter fortgesetzt.

Nach den vorliegenden Prognosen sollen die realen Arbeitseinkommen auch 1984 weiter zurückgehen, allerdings nur noch um etwa 0,5 Prozent. Dabei werden Tarifierhöhungen um durchschnittlich etwa drei Prozent angenommen – die konjunkturelle Belebung soll also von den Gewerkschaften nicht genutzt werden.

Dabei wird davon ausgegangen, daß es zu keiner erneuten Belebung der inflationären Tendenzen kommt. Da gleichzeitig eine Verstärkung der konjunkturellen Auftriebstendenzen erhofft wird ist dies eine nicht sehr realistische Annahme.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1. Hj. 1983	2. Hj. 1983 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,1	+4,3	+2,0	+0,8	+1,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,5	+3,8	+0,8	0,0	0,0
Je Beschäftigten	+5,0	+4,4	+2,9	+2,4	+1,5
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,3	+3,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,5	-1,5	-2,4	-0,9	-1,5

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des „Herbstgutachtens“
(Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/83, S. 668; DIW-Wochenbericht 42-43/83, S. 534)

Trotz der erwarteten weiteren Aushöhlung der privaten Kaufkraft gehen die Prognosen davon aus, daß sich der private Verbrauch beleben wird. Dies soll von den Verbrauchern aus ihren Ersparnissen finanziert werden: die „Sparquote“, d. h. der Anteil der Ersparnisbildung an den laufenden Einkommen, soll demnach auf 11,5 Prozent sinken, also auf einen seit 1966/67 nicht mehr unterschrittenen Wert.

Da sich aber weder die allgemeine Arbeitsmarktlage noch die konjunkturelle Situation grundlegend verbessern werden, die soziale Lage der abhängig Beschäftigten unverändert unsicher bleiben wird, ist eine solche dauerhafte Senkung der Sparquote kaum zu erwarten. Wahrscheinlicher ist, daß nach der Befriedigung einiger Nachholbedürfnisse vor allem bei PKW die private Nachfrage wieder von der Entwicklung der Kaufkraft der Einkommen bestimmt werden wird.

Ungewöhnlich für eine Belebungphase der Konjunktur ist auch die Tatsache, daß die „Lohndrift“ weiter negativ ist, d. h., daß die Effektivlohnsumme weiterhin langsamer ansteigen als die tariflichen Verdienste.

Lohndrift¹

1982				1983	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Tariflöhne	+4,6	+4,5	+3,8	+3,9	+4,0
Effektivlöhne	+5,8	+3,1	+3,2	+3,7	+2,2
Lohndrift	+1,2	-1,4	-0,6	-0,2	-1,8

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 41/83, S. 505)

Die Zunahme der Produktion hat bisher weder die Beschäftigung noch die Arbeitseinkommen positiv beeinflusst. Mit dem sprunghaften Anstieg der Produktivität sind die Lohnkosten je Produktionseinheit deutlich gesunken, die Lohnkosten je Umsatzeinheit – d. h. bei Berücksichtigung der Preiserhöhungen – liegen sogar niedriger als 1976.

Arbeitsproduktivität und Lohnkosten im Produzierenden Gewerbe¹

	Produktion je Beschäftigten	Löhne und Gehälter je Produktionseinheit	Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit
1982 1. Vj.	112	125	98
2. Vj.	113	126	98
3. Vj.	110	131	100
4. Vj.	109	133	101
1983 1. Vj.	112	128	98
2. Vj.	117	126	97

¹ Ohne Baugewerbe, Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Zur Jahresmitte lag die Arbeitsproduktivität um etwa sieben Prozent über dem Krisentiefstand, die Löhne und Gehälter je Beschäftigten aber nur um weniger als drei Prozent.

3.2 Steuern

Die Verlangsamung der Einkommensentwicklung bei Löhnen und Gehältern hat sich – als Folge der Progressionswirkung, aber auch wegen des Wegfalls einiger Freibetragstatbestände – nicht in einer Verlangsamung der Lohnsteuereinnahmen niederschlagen.

Steuereinnahmen¹

	1982		1983 ²		1984 ²	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Insgesamt	378,7	+2,3	394,9	+4,3	419,0	+ 6,1
darunter:						
Lohnsteuer	123,4	+5,9	130,6	+5,8	140,5	+ 7,6
Veranlagte Einkommenssteuer	30,6	-7,1	29,0	-5,2	29,9	+ 3,1
Körperschaftsteuer	21,5	+6,4	22,0	+2,3	23,8	+ 8,2
Vermögenssteuer	5,0	+6,3	5,0	+0,4	5,2	+ 4,0
Umsatzsteuer ³	97,7	0,0	104,2	+6,7	115,0	+10,4
Gewerbesteuer	26,1	+0,2	26,1	0,0	27,2	+ 4,2

¹ Bund, Länder und Gemeinden
² Laut Steuerschätzung der Bundesregierung vom Juni 1983
³ Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer
(Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1984, S. 206/207)

Dagegen stagnieren die Einnahmen, die an Selbständigeneinkommen, Unternehmenserträge und Vermögen gebunden sind. Vor allem die Steuerschätzungen für 1984 lassen tief blicken: müßten in ihnen doch die exorbitanten Gewinnsteigerungen von 1983 einnahmesteigernd zu Buche schlagen.

Dies erfolgt deshalb nicht, weil die Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre zu erheblichen Entlastungen der Gewinne geführt haben. In der folgenden Tabelle seien die Wirkungen der Änderungen des Jahres 1983 auf die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte in den wichtigsten Posten dargestellt.

Die Änderungen beinhalten im großen und ganzen eine Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten und zugunsten der Unternehmen. Zusätzlichen Belastungen für Höherverdienende (insbesondere die Begrenzung der Vorsorgepauschale für nicht rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer und die vieldiskutierte „Investitionshilfeabgabe“) stehen Entlastungen gegenüber, die vor allem eben diese höherverdienenden Gruppen entlasten: so der Schuldzinsenabzug für Wohneigentum. Hauptpositionen sind die zusätzliche Belastung der Verbraucher durch die Erhö-

Steuerrechtsänderungen 1983¹

	Finanzielle Auswirkungen in Mill. DM	
	1984	1983-1987
Rücklagenbildung beim Erwerb gefährdeter Betriebe	- 340	- 2 015
Begrenzung der Vorsorgepauschale für Arbeitnehmer	+ 940	+ 4 600
Absetzbarkeit von Schuldzinsen für Wohneigentum	-1200	- 5 800
Veränderung der Kinderfreibetragsregelung ²	+ 470	+ 2 220
Halbierung der Ausbildungsfreibeträge	+ 300	+ 1 470
Teilweise Befreiung der Dauerschulden von Gewerbesteuer	-2500	-12 500
Erhöhung der Mehrwertsteuer	+8200	+38 700
Investitionshilfeabgabe ³	+1000	+ 3 050
Investitionszulagen in Fremdenverkehrsgebieten	- 100	- 560

¹ „Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts“ vom 20. 12. 1982 (Haushaltbegleitgesetz 1983), Finanzielle Auswirkungen auf öffentliche Einnahmen

² Ersatz der Kinderbetreuungskosten durch einen Freibetrag

³ Befristet, rückzahlbar

+ = Verbesserung, - = Verschlechterung
(Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1984, S. 212/213)

hung der Mehrwertsteuer und die Entlastung der Unternehmen durch die Berücksichtigung von Dauerschulden bei der Gewerbesteuer. Allein 1984 machen die spezifisch auf die Unternehmen gezielten Entlastungen nahezu drei Milliarden DM aus. Schon dieses Gesetz unterstreicht, wie wenig die neue Bundesregierung die Erwartungen hinsichtlich des Steuersystems einzulösen gewillt ist. Die Maßnahmen beinhalten unterm Strich eine deutliche *Steuererhöhung*, wobei die unteren und mittleren Einkommenschichten – die ihr Einkommen konsumieren – die Hauptlast tragen. Auch bei den Diskussionen über eine zukünftige Änderung des Einkommensteuertarifs geht es nur um eine Entlastung der oberen Einkommenschichten. Eine Senkung des Eingangsteuersatzes, die die Masse der Arbeiter und Angestellten wirksam entlasten könnte, wird explizit ausgeschlossen.

Inzwischen wurde ein neues Steuerentlastungsgesetz im Finanzausschuß des Bundestages beschlossen: Es sieht eine Senkung der Vermögenssteuer für Unternehmen, Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen und für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen vor. Damit werden die Unternehmen 1984 erneut um zusätzlich 3,5 Milliarden DM entlastet. Das ursprüngliche Vorhaben, die im Rahmen des „Bauherrenmodells“ zugestandenen Steuererleichterungen einzuschränken, wurde nicht realisiert. Diese die öffentliche Hand sehr belastende und die oberen Einkommenschichten begünstigende Subvention wird beibehalten.

3.3 Preise

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich seit Ende 1982 deutlich verlangsamt. In der Jahresmitte 1982 lag die Inflationsrate (der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr) noch bei fünfeinhalb Prozent, zur Jahresmitte 1983 war sie mit weniger als drei Prozent nur halb so hoch.

Lebenshaltung 1983¹

	Veränderung in % gegenüber	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,2	+3,9
Februar	+0,1	+3,7
März	-0,1	+3,5
April	+0,2	+3,3
Mai	+0,4	+3,0
Juni	+0,4	+2,4
Juli	+0,4	+2,5
August	+0,3	+3,0
September	+0,2	+2,9
Oktober	+0,3	+2,6

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1976
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Seither hat sich der Preisrückgang allerdings nicht weiter fortgesetzt, auch die amtlichen Prognosen rechnen mit keiner weiteren Preisberuhigung. Sieht man von statistisch bedingten Schwankungen ab, so dürften Preissteigerungen von drei Prozent im Jahresvergleich gegenwärtig das Ausmaß der Inflation ausdrücken.

Der Hauptgrund für die Preisverlangsamung war der Rückgang der Rohstoffpreise bei stabilem DM-Wechselkurs. Infolgedessen

Ausgewählte Preisindizes 1982

	Industrie- preise		Landwirtschaft- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	0,0	+2,2	-2,2	-3,2	-0,9	-2,1	-1,0	-0,2
Februar	-0,1	+2,0	-0,6	-2,4	-0,5	-2,1	-0,8	-0,8
März	-0,3	+1,7	-0,3	-2,6	-1,5	-3,1	-0,6	-1,1
April	+0,3	+1,5	-1,6	-3,6	+0,1	-3,0	+0,8	-0,8
Mai	+0,1	+1,3	-0,6	-4,3	+0,2	-1,7	+0,6	-1,3
Juni	+0,3	+1,1	+0,8	-3,1	+1,0	-1,2	+0,7	-1,3
Juli	+0,1	+0,8	-1,6	-4,3	+0,9	-0,4	-0,5	-2,0
August	+0,6	+1,3	+1,0	-4,0	+1,9	+1,3	+0,8	+0,2
Sept.	+0,3	+1,5			+0,5	+1,2	+0,6	+0,9

(1) In % gegenüber dem Vormonat

(2) in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

sind die Importpreise kräftig gesunken, sie lagen teilweise deutlich unter dem Vorjahresstand.

Die Rohstoffpreise sind – unter Einschluß der Rohölpreise – seit April 1983 kaum noch zurückgegangen, allerdings ist es auch nicht zu dem ursprünglich erwarteten Wiederanstieg gekommen. Ende September war das Preisniveau immer noch etwa acht Prozent niedriger als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Tatsächlich sind die Rohstoffpreise unter Ausschluß der Energierohstoffe, die zum Jahresende 1982 zunächst deutlich angestiegen waren, seit Mitte 1983 nicht weiter gestiegen, teilweise ist es sogar zu deutlichen Rückgängen gekommen. Offensichtlich hatten die Verbraucher ihre Lager zunächst wieder etwas aufgefüllt. Da sich die konjunkturelle Belebung aber nicht verstärkt hat, hat der Druck auf die Anbieter wieder zugenommen. Die Prognosen gehen nun davon aus, daß die Rohstoffpreise auch in Zukunft kaum ansteigen werden, erst Ende 1984 soll es demnach zu einer gewissen Erhöhung kommen.

Während dies stabilisierend auch auf das inländische Preisniveau wirken wird, ist für die Lebensmittelpreise eine Beschleunigung der Preisauftriebstendenzen zu erwarten. Hier spielt der Rückgang der Erntemengen eine Rolle. Allerdings wird der Anstieg verhalten bleiben. Destabilisierend wirkt die Preispolitik der „öffentlichen Hände“, zum Jahreswechsel 1983/84 werden wieder zahlreiche öffentliche Preise und Gebühren erhöht werden.

Außerdem steigen die Wohnungsmieten weiterhin rasant an, etwa doppelt so stark wie die Verbraucherpreise.

Schließlich muß noch auf eine Entwicklung verwiesen werden, die der Präsident des Bundeskartellamtes Prof. Karte als „rasend fortschreitende Konzentration“ der Nachfragemacht im Lebensmittelhandel bezeichnet. (Vgl. FAZ v. 10. 10. 83) Die Erzeuger stehen einer immer geringeren Zahl von Einkäufern gegenüber: Während es noch vor wenigen Jahren etwa 140 selbständig einkaufende Handelsgruppen gegeben habe, seien es jetzt nur noch etwa 40. Diese drücken die Einkaufspreise und zwingen die überwiegend mittelständischen Erzeuger teilweise sogar zu Unterpreisverkäufen. Die großen Einzelhandelsketten und -konzerne können so die Verkaufspreise auf Kosten der Erzeuger relativ stabil halten und trotzdem ihre Profite erhöhen. Es ist allerdings klar, daß diese Entwicklung den Konzentrationsprozess in allen Bereichen der Wirtschaft vorantreibt und so auf lange Sicht inflationäre Potentiale vergrößert werden.

Insgesamt ist für die nächste Zeit aber keine grundlegende Änderung zu erwarten: die Inflationsrate wird nicht weiter zurückgehen, eher ist eine leichte Beschleunigung zu erwarten. Andererseits aber dürfte diese das Ausmaß einiger Zehntelpunkte nicht überschreiten, so daß angesichts der anhaltend schwachen Absatzlage mit einer neuen allgemeinen Preiswelle zunächst nicht zu rechnen ist.

3.4 Aktionen der Arbeiterklasse

Das zurückliegende Quartal wurde nicht durch wichtige Tarifereignisse geprägt. Die wenigen Abschlüsse in kleineren Bereichen lagen zwischen 3 und 3,2 Prozent. Die innergewerkschaftliche Diskussion konzentrierte sich auf die Vorbereitung der Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche.

Im Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen der letzten Monate stand die Verteidigung von Arbeitsplätzen. Insbesondere in den Krisenbranchen ging es um die Abwehr von Massenentlassungen und Stilllegungen ganzer Betriebe. Einen Höhepunkt bildeten die mehrtägigen Besetzungen zweier Werften im September: der Hamburger Howaldt Deutsche Werft und der Bremer AG Weser.

Schon in der letzten Ausgabe der „INFORMATIONEN“ war auf die Zunahme der Zahl von betrieblichen Abwehrkämpfen in den letzten Jahren hingewiesen worden, auf deren Boden auch solche Aktionsformen wie Blockaden und Betriebsbesetzungen gewachsen sind. In solchen „illegalen“ Kampfformen kommt die ge-

stiegene Militanz und Hartnäckigkeit betrieblichen Widerstands konzentriert zum Ausdruck. Eine vermutlich unvollständige Erfassung dieser Aktionen (Besetzung von Betrieben, Betriebsstellen oder Werkstoren) in den letzten elf Jahren (davor hat es Vergleichbares in der BRD kaum gegeben) zeigt eine deutliche Zunahme seit 1980.

Betriebsbesetzungen in der BRD 1972–1982

Jahr	Betroffene ¹	Betriebe	Gesamtdauer (Tage)
1982 ²	4820	10	84
1981 ³	3670	6	19
1980	1020	3	42
1979	230	1	1
1978	260	3	8
1977	750	2	8
1976	1500	1	4
1975	790	2	55
1974	—	—	—
1973	380	1	4
1972	3000	1	3

¹ Belegschaftszahl der Betriebe bzw. Abteilungen

² 1982 gab es außerdem zwei Blockaden in Betrieben mit zusammen 1500 Beschäftigten, die nach kurzer Zeit gewaltsam gesprengt wurden.

³ 1981 gab es sieben Blockaden bzw. Besetzungen in sechs Betrieben (Quelle: Archiv Soziale Bewegungen im IMSF)

Die neuntägige Besetzung der HDW und die achttägige der AG Weser erzielten aus mehreren Gründen ein besonders großes öffentliches Echo: Bei beiden Werften handelt es sich um Großbetriebe, die für die Region jeweils eine Leitfunktion besitzen; an beiden Werften soll exemplarisch das „Sanierungskonzept“ der Werftindustrie exerziert werden; das zeitliche Zusammenfallen ließ Hoffnungen auf einen branchenweiten Widerstand aufkommen; die Nähe zur Bremer Bürgerschaftswahl am 25. 9. gab der Entwicklung eine besondere politische Brisanz.

Für die HDW waren die „Sanierungsmaßnahmen“ (Einstellung des Schiffneubaus in Hamburg, Reduzierung der Belegschaft) schon acht Tage nach der Bundestagswahl und einen Tag nach der Schleswig-Holstein-Wahl vom 13. März 1983 angekündigt worden. Die Hamburger HDW-Belegschaft hatte darauf im März mit einer fünftägigen Arbeitsniederlegung reagiert. Nach einer dann sich anschließenden längeren Phase der Resignation belebte sich der Widerstand erneut, als Anfang September eine Entlassungsliste mit ca. 1350 Namen vorgelegt wurde.

Der Hungerstreik einiger Frauen von HDW- und MAN-Beschäftigten wirkte in der Belegschaft als Signal. Auf einer Betriebsversammlung am 12. 9. wurde eine Demonstration durch die Innenstadt, danach die Besetzung der Werft beschlossen.

Die Kampfmaßnahmen wurden von einer „Aktionsleitung“ geführt, in der die verschiedenen politischen Strömungen auf der Werft (Vertrauensleutekörper, „Aktive Metaller“-Mehrheit im Betriebsrat, RGO-Betriebsrat usw.) einheitlich operieren.

Als nach einer Woche die Belegschaft der AG Weser, deren Werk als Ergebnis einer Fusion geschlossen werden soll, ebenfalls den Betrieb besetzte, erhielt der Kampf vorübergehend neuen Auftrieb. Die harte und kompromißlose Haltung des an demselben Tag beratenden Aufsichtsrates der HDW (keine Zugeständnisse, Ultimatum an die Belegschaft) ließ jedoch auf der Betriebsversammlung am 20. 9. die Besetzerfront wanken. Eine Mehrheit entschied sich in geheimer Abstimmung für Abbruch der Aktion. Für die Besetzung der AG Weser wurde die Bürgerschaftswahl in Bremen am folgenden Sonntag zum entscheidenden Termin. Die aktiven Kerne der Belegschaft hatten Wahlprüfsteine erarbeitet, die faktisch eine Absage an die Senatsparteien waren. Der Betriebsratsvorsitzende hatte Bürgermeister Koschnick auf einer Betriebsversammlung zwei Tage vor der Wahl sein SPD-Parteibuch zurückgegeben. Als dann die SPD die Wahlen überraschend hoch gewann, war „die Luft raus“. Auf der politischen Ebene wurde nun kein Durchbruch mehr erwartet. Am Tage nach der Wahl wurde die Besetzung beendet. Beide Besetzungen blieben ohne materiellen Erfolg. Die angekündigten Massenentlassungen auf der HDW sowie die Schließung der AG Weser werden

durchgeführt. Die Nachgefechte konzentrieren sich auf die Sozialplanregelungen.

Für die Gegenwehr in den Krisenbranchen waren die Besetzungen ein Signal, das allerdings von der IG Metall insgesamt nicht aufgegriffen wurde. Eine entscheidende Schwäche lag trotz der Solidaritätsstreiks auf anderen Werften und der zentralen Werft- und Stahlarbeiterdemonstration am 29. 9. in Bonn in der fehlenden Verallgemeinerung dieser Bewegung durch die Führungsgremien der IG Metall. Für die Perspektive des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit wird die Unterstützung der betrieblichen Abwehrkämpfe zu einer zentralen Aufgabe der Gewerkschaften, da nur aus den Betrieben die Kraft für jede gewerkschaftliche Bewegung kommen kann.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Rückgang der Beschäftigung hat sich in den letzten Monaten weiter fortgesetzt, im zweiten und dritten Vierteljahr 1983 allerdings etwas langsamer als im ersten Vierteljahr. Trotzdem sind – in saisonbereinigter Betrachtung – seit dem Jahresbeginn 1983 nochmals nahezu 400 000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Bauwirtschaft	Dienstleistungen
1980 3. Vj.	23 008	8724	1548	7537
4. Vj.	23 008	8685	1543	7563
1981 1. Vj.	22 992	8637	1539	7592
2. Vj.	22 938	8573	1526	7613
3. Vj.	22 841	8508	1501	7623
4. Vj.	22 728	8440	1473	7630
1982 1. Vj.	22 592	8360	1425	7633
2. Vj.	22 523	8293	1422	7635
3. Vj.	22 422	8203	1417	7647
4. Vj.	22 270	8088	1393	7658
1983 1. Vj.	22 113	7986	1360	7665
2. Vj.	22 003	7898	1349	7672
3. Vj.	21 900	—	—	—

¹ In 1000, saisonbereinigte Zahlen (Quelle: DIW-Wochenbericht 41/83, S. 505)

Bei einem Vergleich mit Angaben in vorangegangenen Ausgaben der „INFORMATIONEN“ fällt auf, daß die Beschäftigtenzahlen insgesamt deutlich höher ausfallen: das Statistische Bundesamt hat die Zahlen rückrechnend bis 1977 korrigiert und neu geschätzt. Demnach wird die Zahl der Beschäftigten nun um etwa 700 000 höher ausgewiesen als nach den alten Rechnungen.

Der krisenbedingte Verlust an Arbeitsplätzen beträgt – seit Mitte 1980 – inzwischen weit über eine Million, wobei im verarbeitenden Gewerbe die größten Einbußen zu verzeichnen sind: mehr als 800 000 Arbeitsplätze gingen hier verloren. Im Baugewerbe waren es etwa 200 000 – und trotz Belebung der Bauproduktion ist immer noch kein nennenswerter Wiederanstieg der Beschäftigung in Sicht. Der Stabilisierungsbeitrag des Dienstleistungsbereichs – vor allem des öffentlichen Sektors – ist gering gewesen. Seit Mitte 1982 stagnieren auch hier die Beschäftigtenzahlen.

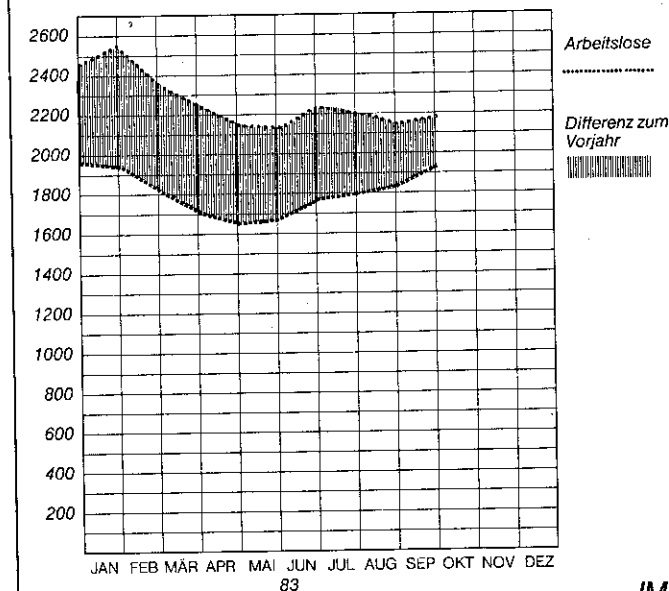
Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)	(2)	Kurzarbeiter (1)	(2)	Offene Stellen (1)	(2)
Januar	2487	+537	1192	+651	62	–60
Februar	2536	+601	1148	+561	69	–63
März	2386	+575	1032	+472	82	–52
April	2254	+544	764	+373	82	–46
Mai	2149	+503	639	+184	86	34
Juni	2127	+477	495	+ 66	86	–32
Juli	2202	+445	435	+ 98	83	–23
August	2196	+399	379	+ 53	83	–15
September	2134	+314	470	–113	78	– 3
Oktober	2148	+228	549	–279	72	+ 2

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Itd.)

Arbeitsmarkt in Tausend 83



Obwohl die Beschäftigung weiter zurückgeht und der verstärkte Zustrom Jugendlicher auf den Arbeitsmarkt anhält, hat sich der Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen abgeschwächt. Bei Ausklammerung saisonbedingter Schwankungen ist es im September/Oktober erstmals seit Anfang 1980 zu keiner weiteren Erhöhung der monatlichen Ziffern mehr gekommen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weist darauf hin, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und statistische Korrekturen das Bild günstiger gestalten als es tatsächlich ist.

So hat die Bundesanstalt für Arbeit die Anstrengungen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgedehnt, im Oktober 1983 waren 33 000 Arbeitslose mehr untergebracht als im gleichen Vorjahresmonat. Außerdem schlägt sich die – allerdings immer noch unzureichende – erhöhte Zahl von Ausbildungsstellen ebenfalls statistisch in Form einer Ausweitung der Beschäftigtenzahlen nieder.

Darüberhinaus muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Bundesanstalt für Arbeit im Sommer eine „Karteibereinigung“ vorgenommen hat, durch die nach Schätzungen der SPD etwa 60 000 registrierte Arbeitslose aus der Statistik verschwunden sind.

Die Bundesregierung hat also beträchtliche Anstrengungen unternommen, um das Bild auf dem Arbeitsmarkt zu „schönen“.

In einer Schätzung für 1983 geht das IAB davon aus, daß die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt von 1984 nochmals leicht über dem Stand von 1983 liegen werden. Dabei wird ein Anstieg des Bruttosozialprodukts von zwei Prozent zugrunde gelegt, entsprechend den meisten vorliegenden Konjunkturprognosen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird dann nicht wesentlich über 2,3 Millionen im Jahresdurchschnitt steigen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiter intensiviert. Insgesamt wird die Tendenz der Arbeitslosenzahlen aber weiter aufwärts gerichtet sein, wenn auch in stark verlangsamtem Tempo.

SOZIALE BEWEGUNGEN

Analyse und Dokumentation des IMSF

Redaktionsbeirat:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/Main: Manfred Balder, Wiesbaden; Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg; Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg; Prof. Dr. Jörg Huffschild, Bremen; Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen; Dr. Werner Petschick, Frankfurt/Main.

Redaktion:

Gert Hautsch, J. H. v. Heiseler, Klaus Pickshaus.

„Soziale Bewegungen“ analysieren und dokumentieren mindestens zweimal jährlich:

- die wichtigsten Ergebnisse der Tarifrunden
- Hintergründe, Verlauf und Erfahrungen von Streikämpfen
- Aktionen gegen negative Rationalisierungsfolgen, Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau
- Probleme der Bewußtseinsentwicklung
- Tendenzen der Streikentwicklung und der sozialen Beziehungen
- demokratische und Bürgerinitiativ-Bewegungen

Der Dokumentationsteil erhöht den Wert als Nachschlagewerk, vor allem in der Kontinuität dieser Analysen und Dokumentationen über eine längere Zeit.

Empfehlenswert und besonders günstig ist deshalb für den aktiven Gewerkschafter wie für den sozialwissenschaftlich Interessierten die Bestellung dieser Reihe im Dauerbezug. Einzelhefte sind beim IMSF oder im Buchhandel erhältlich. DM 8,- pro Heft.

Lieferbare Hefte der Reihe:

7. G. Hautsch/B. Semmler
Stahlstreik und Tarifrunde 78/79
8. A. Achenbach u. a.
Arbeitskampf an neuen Fronten
Zu den Aktionen und Streiks im Bereich der
GTB, HBV, GEW und RFFU 1979
9. K. Gerhart u. a.
Rückkehr zur Sozialpartnerschaft?
Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche
Aktionen 1979/80
10. F. Karl
Die Bürgerinitiativen
Soziale und politische Aspekte einer neuen
sozialen Bewegung
11. H. Bömer u. a.
Neue Beweglichkeit – neue Impulse?
Betriebs- und Tarifikämpfe 1980/81:
Hoesch/Dortmund – Post – Metall

12. H. Dybowski u. a.
Nicht wehrlos – doch wohin?
Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen
unter der CDU-Herrschaft

In Vorbereitung:

13. G. Hautsch, B. Semmler
Betriebsbesetzung – vier Beispiele aus
Frankfurt, bundesweiter Überblick
14. L. Bading
Strukturveränderungen und politische
Zugänge der Arbeiterklasse in einer
Großstadt: Beispiel Hamburg (Arbeitstitel)
15. H. Dybowski, L. Schröter u. a.
Erfahrungen der Arbeitslosenbewegung
aus mehreren europäischen Ländern
(Arbeitstitel)

IMSF

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)
Liebigstraße 6 · 6000 Frankfurt am Main · Telefon (06 11) 72 49 14

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus –
Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 17. 11. 1983. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.